

19.10.2015

## Kleine Anfrage 3981

der Abgeordneten Ilka von Boeselager und Gregor Golland CDU

### **Ministeriumsstandorte in der Bundesstadt Bonn – Wie positioniert sich die Landesregierung zum aktuellen Berlin-Vorstoß der Bundesministerin Barbara Hendricks?**

Die aus Nordrhein-Westfalen stammende Bundesministerin Barbara Hendricks (SPD) hat einen neuen Anlauf gestartet, die Ministeriumsstandorte der Bundesstadt Bonn nach Berlin zu verlagern. Ministerin Hendricks ist Beauftragte der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausgleich.

Der vollständige Umzug der Bundesministerien vom Rhein an die Spree ist derzeit noch gesetzlich ausgeschlossen. Dass die Ministerin nun den Status Quo in Frage stellt, kommt überraschend und bedarf einer deutlichen Positionierung der Landesregierung zugunsten Bonns.

Denn die weitere Verlagerung von ministeriellen Dienststellen träge die Region und viele Familien hart. Rund 38 Prozent der Dienststellen der Bundesregierung – das sind fast 6.900 – sind weiterhin in Bonn angesiedelt. Ob die Arbeit der Ministerien durch einen Komplett-Umzug tatsächlich optimiert würde, darf bezweifelt werden.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Landesregierung auch weiterhin zu ihrer Aussage aus der V16/3161 steht, sich „mit allem Nachdruck“ für die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes einzusetzen.

Das Wirken des neu eingesetzten Arbeitsstabs der Beauftragten der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausgleich darf sich nicht zu einer Einbahnstraße zum Nachteil Bonns und der Rhein-Sieg-Region entwickeln.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie positioniert sich die Landesregierung zum Vorstoß von Bundesministerin Hendricks für einen weiteren Umzug von Bundesministerien nach Berlin?

Datum des Originals: 15.10.2015/Ausgegeben: 20.10.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

2. Was unternimmt die Landesregierung zur Verhinderung eines weiteren Umzugs von Bundesministerien nach Berlin?
3. Wie wird die Landesregierung bei der Arbeit des Stabes der Beauftragten für den Bonn-Ausgleich eingebunden?
4. Welche konkreten Eingaben und Vorschläge hat die Landesregierung an den Arbeitsstab in Berlin gerichtet? (Bitte auflisten und Inhalte wiedergeben.)
5. Die Landesregierung bezeichnet sich selbst in der V 16/3161 als „verlässlicher Partner“ der Region Bonn und der Verantwortlichen vor Ort. Welche konkreten „Zukunftsperspektiven“ hat die Landesregierung für Bonn mit den Verantwortlichen vor Ort entwickelt?

Ilka von Boeselager  
Gregor Golland